

# **Code of Criminal Procedure (COCP)**

## ***Part 1 - Eröffnung des Verfahrens***

Die Staatsanwaltschaft hat am Ende des Ermittlungsverfahrens die Akten auszuwerten und über den Tatbestand und die Straftaten, die dem Angeschuldigten zur Last gelegt werden, zu entscheiden. Diese Entscheidung ist in der Anklageschrift festzuhalten und dem zuständigen Gericht zu übersenden.

## ***Part 2 - Eröffnung des Gerichtsverfahrens***

### **Title. 1**

Nach Beginn des gerichtlichen Verfahrens benachrichtigt der Richter die Staatsanwaltschaft, den Beschuldigten und den Verteidiger des Beschuldigten mittels einer förmlichen Vorladung.

### **Title. 2**

Der vorsitzende Richter legt eine angemessene Frist von etwa 30 Minuten fest, um sicherzustellen, dass beide Parteien ausreichend Zeit haben, sich auf die Gerichtsverhandlung vorzubereiten. Auf Antrag einer der Parteien oder ihrer Vertreter kann der Richter einen neuen Hauptverhandlungstermin festlegen. Wenn eine Partei unentschuldigt fehlt, wird die Verhandlung ohne sie durchgeführt. Die verurteilenden Richter erlassen gegebenenfalls einen Haftbefehl und Ergänzen die Personenakte des angeklagten, um die Strafe zu vollstrecken.

## ***Part 3 - Beginn der Gerichtsverhandlung***

Durch den Richter werden die aktiven Verhandlungspartner mittels Vor- und Zunamen vorgestellt. Dazu gehört der vorsitzende Richter, der klagende Staatsanwalt, sowie der Verteidiger des Beschuldigten.

## ***Part 4 - Unschuldsvermutung***

Jede Person, die einer Straftat beschuldigt wird, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig. Wird ein Verurteilter nachträglich als unschuldig befunden, so steht ihm eine Entschädigung zu. Die Höhe der Entschädigung wird durch das Department of Justice angesetzt. Eine bezahlte Geldstrafe wird in voller Höhe inklusive angemessenen Zinsen erstattet.

## ***Part 5 - Akteneinsicht***

### **Title. 1**

Ein Fall ist eine Anschuldigung gegen eine Person oder Gruppe von Personen, die von der Judikative oder einem zugelassenen Anwalt in einer offiziellen Akte erhoben, wird. Untersuchungen, die von den Judikativen oder Exekutiven eingeleitet werden, gelten als Fall. Untersuchungen, die aufgrund von Hinweisen stattfinden und sich nicht auf eine spezifische Tat mit klar definiertem Zeit- und Ortsrahmen beziehen, gelten nicht als Fall.

### **Title. 2**

Anwälten ist es gestattet, auf mündlichen Antrag Akteneinsicht in die angeforderten Fälle ihrer Mandanten zu erhalten. Die Zuständigkeit des Anwalts für einen Fall ist durch eine Vollmacht und die Anwaltslizenz nachzuweisen.

### **Title. 3**

Eine Unkenntlichmachung des Namens eines oder mehrerer Zeugen oder einer Aussage in einer Akte ist möglich, wenn das Leben eines Zeugen oder Beteiligten gefährdet sein könnte. Eine Weitergabe der Akte durch den Anwalt ist untersagt. Diese Informationen dürfen nur an den betroffenen Mandanten weitergegeben werden. Bereits geschlossene Akten können auf begründeten Antrag bei einem Richter eingesehen werden.

### **Title. 4**

Eine Fallakte kann vertraulich behandelt werden, wenn sie einen offenen Haftbefehl und/oder einen Durchsuchungsbeschluss enthält und eine Gefahr der Beweismittelvernichtung besteht. Diese Maßnahme ist jedoch nur bis zur Durchführung der entsprechenden Aktion gültig.

## ***Part 6 - Haupt-Gerichtsverhandlung***

### **Title. 1**

Zu Beginn der Haupt-Gerichtsverhandlung wird durch den Kläger die Anklageschrift verkündet. Zu dieser gehören die Anklagepunkte, die dazugehörigen Paragraphen und der zugrunde liegende Sachverhalt. Einsprüche zur Klageschrift sind unter keinen Umständen gestattet.

### **Title. 2**

Daraufhin hat sich der Angeklagte bzw. dessen Verteidiger zu den Anklagepunkten zu erklären mit:

1. Schuldig
2. Teilschuldig
3. Unschuldig

Danach kann der Angeklagte oder sein Verteidiger zu den Anklagepunkten Stellung nehmen. Anschließend haben sowohl die Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft das Recht, Fragen zu stellen.

### **Title. 3**

Nachdem das Fragerecht ausgeübt wurde, leitet der Richter die Beweisaufnahme ein. Dabei werden Beweismittel geprüft und Zeugen angehört. Die Zeugen werden zuerst durch die Staatsanwaltschaft und dann durch die Verteidigung befragt. Vor ihrer Befragung werden die Zeugen über die Pflicht zur Wahrheit und die Konsequenzen einer Falschaussage informiert. Nachdem alle Zeugen befragt und die Beweisaufnahme abgeschlossen ist, schließt der Richter die Beweisaufnahme sowie die Befragung der Zeugen.

### **Title. 4**

Daraufhin gibt der vorsitzende Richter die Schlussplädoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers frei. Das Recht auf das letzte gesprochene Wort der Gerichtsverhandlung steht dem Angeklagten zu. Dieses Recht auf das letzte Wort kann der Angeklagte ausschlagen. Die Verhandlung wird zur Urteilsfindung durch den Richter unterbrochen. Nachdem der Richter sein Urteil gefunden hat, eröffnet er die Verhandlung neu und verkündet das Urteil.

## ***Part 7 - Eidesformel***

### **Title. 1**

Bei jedem Zeugen in der Gerichtsverhandlung kann vor seiner Zeugenaussage ein Eid abverlangt werden. Dies entscheidet nach Ermessen der zuständige Richter. Der Eid lautet wie folgt: *“Ich schwöre, dass ich in*

*Kenntnis der strafrechtlichen Folgen einer Falschaussage die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nicht als die Wahrheit äußern werde.“*

### ***Part 8 - Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung***

Wenn die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf andere Weise Kenntnis von dem Verdacht einer Straftat erhält, ist sie verpflichtet, den Sachverhalt zu untersuchen, um zu entscheiden, ob eine öffentliche Anklage erhoben werden soll. Die Staatsanwaltschaft hat die Pflicht die Umstände zur Belastung, sowie zur Entlastung zu ermitteln und für die Erhebung der Beweise Sorge zu tragen.

### ***Part 9 - Befangenheit***

Ein Richter, der an einer Entscheidung beteiligt war, darf nicht an der Entscheidung in einer höheren Instanz teilnehmen. Der Staatsanwalt, der Richter, der Anwalt des Angeklagten und der Anwalt des Anklagenden müssen frei von persönlicher Betroffenheit oder Beeinflussung jeglicher Art und Herkunft sein.

### ***Part 8 - Gewährung rechtlichen Gehörs von einer Entscheidung***

Eine Entscheidung des Gerichts erfolgt nach Anhörung aller beteiligten Parteien und erst am Ende der Gerichtsverhandlung.

### ***Part 10 - Zeugen***

Zeugen müssen zu bestimmten Gerichtsterminen erscheinen und aussagen, es sei denn, es liegt eine gesetzlich zulässige Ausnahme vor. Sie haben auch das Recht, die Aussage zu verweigern. Falls ein Zeuge den Termin nicht wahrnehmen kann, können sie ihre Aussage schriftlich verfassen und notariell beglaubigt beim Staatsanwalt einreichen. Die Aussage eines Beamten kann vom Richter je nach Umständen höher gewichtet werden. Bei Bagatelldelikten ist das Wort eines Mitarbeiters der Exekutiven welches bei einer Zeugenaussage unter Eid geleistet wurde, als unumstößliche Tatsache hinzunehmen.

### ***Part 11 - Zwangsgelder***

Wenn jemand die oben genannten Vorschriften nicht einhält, das Gericht missachtet oder sich während einer Gerichtsverhandlung unangemessen verhält, kann vom Richter ein Zwangsgeld gegenüber dem Störer verhängt werden. Das Zwangsgeld wird mit jedem Verstoß, des Störers, höher und kann in den Stufen 500 €, 1.000 € und 1500 € festgelegt werden. Dem Richter steht es frei diese Stufen zu überspringen. Sollte es zu weiteren Störungen, durch den Störer kommen, kann eine Gefängnisstrafe zwischen 5 und 60 Hafteinheiten verhängt werden.

### ***Part 12 - Beweismittel***

Als zulässige Beweismittel vor Gericht gelten unter anderem:

1. schriftliche Aussagen
2. mündliche Aussagen
3. amtliche Dokumente

4. Videoaufnahmen
5. Bilder
6. am Tatort gefundene Objekte
7. Fingerabdrücke
8. DNA-Spuren jeglicher Art
9. Reaktionen von Haustieren
10. Objekte die unmittelbar mit der Tat in Verbindung gebracht werden können

### ***Part 13 - Freie Beweiswürdigkeit***

Das Gericht muss unter Berücksichtigung aller Verhandlungsinhalte und möglicher Beweise objektiv entscheiden, ob eine Behauptung wahr oder falsch ist. Im Urteil müssen die Gründe angegeben werden, welche die Überzeugung des Richters beeinflusst haben. Das Gericht ist nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen an gesetzliche Beweisregeln gebunden.

### ***Part 14 - Durchsuchungen***

#### **Title. 1**

Die Wohnung, andere Räume im Besitz der Person, die Person selbst, ihr Eigentum und alle Fahrzeuge, zu denen die Person derzeit Zugang hat können durchsucht werden, sofern diese Person verdächtigt, wird eine Straftat begünstigt oder begangen zu haben. Der Verdächtige hat das Recht die Durchsuchung zu verweigern, daraufhin darf die Durchsuchung erst mit einem Durchsuchungsbefehl durchgeführt werden.

#### **Title. 2**

Ein Durchsuchungsbefehl muss schriftlich vorliegen und kann nur von einem Richter oder dem Chief of Justice ausgestellt, angeordnet oder bestätigt werden. Ein Durchsuchungsbefehl muss den Beschuldigten mit vollem Namen nennen. Dieser berechtigt die Exekutive alle Räumlichkeiten im Besitz der Person sowie alle Räumlichkeiten, zu denen die Person Zugang hat, sämtliches Eigentum der Person und die Person selbst zu durchsuchen. Die Durchsuchung muss vor Ablauf des Dokuments begonnen haben, aber nicht unbedingt abgeschlossen sein.

#### **Title. 3**

Ein Verdächtiger darf sein Recht, die Durchsuchung zu verweigern, nicht in Anspruch nehmen, wenn Gefahr für Leib und Leben oder ein begründeter Verdacht auf Beweismittelvernichtung besteht. Sollte sich die Person ohne Provokation ungewöhnlich aggressiv gegenüber der Exekutiven zeigen zählt dies als begründeter Verdacht auf Beweismittelvernichtung.

### ***Part 15 - Haftbefehl***

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft prüft der zuständige Richter oder Chief of Justice die Ermittlungsergebnisse und ist berechtigt, gegen den Beschuldigten einen Haftbefehl zu erlassen. Im Haftbefehl sind anzuführen:

1. der vollständige Name es Beschuldigten
2. die anzuwendenden Strafvorschriften
3. der Haftgrund

Die Exekutive hat den Haftbefehl zu vollstrecken und den Beschuldigten, bei Antreffen, in Haft zu nehmen und unverzüglich der Justiz vorzustellen.

#### ***Part 16 - Haftantritt***

Ein Haftantritt kann individuell mit der Exekutive oder Judikativen vereinbart werden, sofern diese dem zustimmen und keine objektiven Gründe dem entgegen sprechen. Bei nicht Erscheinen zum Haftantritt wird der Verurteilte zur Fahndung ausgeschrieben und bei nächster Möglichkeit in Haft gesetzt. Sollte der Verurteilte keinen wichtigen Grund für das nicht erscheinen vorweisen können, so wird die angesetzte Haftstrafe um die Hälfte der Zeit verlängert.

#### ***Part 17 - Gesetzliche Vertretung***

Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Anwalts, mit gültiger Anwaltslizenz bedienen. Sollte der Beschuldigte sich keinen Anwalt leisten können, so ist ein Anwalt vom Staat zu stellen und zu bezahlen. Der Beschuldigte muss einen solchen Anwalt akzeptieren, sofern es keine persönlichen Gründe oder einen begründeten Verdacht gibt, dass der gestellte Anwalt seiner Pflicht als Verteidiger nicht nachkommt.

#### ***Part 18 - Strafanzeige; Strafantrag***

Die Anzeige einer Straftat und der Strafantrag können mündlich bei den Behörden und den Beamten des Polizeidienstes aufgegeben werden. Diese müssen schriftlich an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden. Dem Anzeigsteller ist der Eingang seiner Anzeige zu bestätigen. Bei einer Zivilklage ist die Anklage dem Richter zu übermitteln, dieser ist dafür verantwortlich, die Zivilklage entsprechenden zu bearbeiten.

#### ***Part 19 - Inhalt der Anklageschrift***

Die Anklageschrift muss den Angeklagten, die ihm zur Last gelegte Tat, den Zeitpunkt und den Ort der Tat sowie die gesetzlichen Merkmale der Straftat enthalten. Darüber hinaus müssen die Beweismittel und Zeugen benannt werden. Die Adresse der Zeugen muss angegeben werden, aber eine vollständige Anschrift ist vor Gericht nicht erforderlich. Wenn die Anklageschrift von einem Anwalt eingereicht wird, muss eine Liste der Vertretungsbefugnis angegeben werden.

#### ***Part 20 - Untersuchungshaft***

Die Untersuchungshaft dient der vorläufigen Inhaftierung bei dringendem Tatverdacht, Fluchtgefahr oder einem begründeten Verdacht auf Beweismittelvernichtung. Sie beginnt mit dem Eintritt in die Zelle oder spätestens 30 Minuten nach der Festnahme. Beschuldigte können bei Straftaten bis zu maximal 2 Stunden in Untersuchungshaft genommen werden. Diese Zeit kann verlängert werden, wenn Gefahr für Leben und Gesundheit der inhaftierten Person besteht, der Person steht es frei jederzeit zu gehen. Nach der Untersuchungshaft kann dem Beschuldigten eine Fußfessel angelegt werden, bis der Sachverhalt geklärt ist. Die Zeit der Untersuchungshaft kann auf eine Freiheitsstrafe angerechnet werden, wenn der Beschuldigte verurteilt wird.

### ***Part 21 - Revision***

Der Antrag auf eine Revision eines Verfahrens muss binnen 72 Stunden nach der Urteilsverkündung bei einem Richter oder Staatsanwalt schriftliche eingereicht werden. Eine Revision muss mindestens von einem Richter gleicher Instanz übernommen werden. Während einer Revision dürfen keine neuen Tatsachen festgestellt und keine neuen Beweise und Zeugen aufgeführt werden

### ***Part 22 - Berufung***

Ein Berufungsantrag muss innerhalb von 72 Stunden nach Verkündung eines Urteils schriftlich bei einem Richter eingereicht werden. Bei einer Berufung wird der Fall vollständig neu aufgerollt. Der Richter der nächsthöheren Instanz ist nicht an die Feststellungen oder das Urteil des vorherigen Richters gebunden. Es ist möglich, neue Zeugen oder Beweismittel vorzubringen.

### ***Part 23 - Vorladung der Staatsanwalt- und Richterschaft***

Eine Vorladung durch das Department of Justice muss schriftlich erfolgen. Empfänger einer solchen Vorladung müssen dieser zwingend Folge leisten.

### ***Part 24 - Strafbefehlsverfahren***

#### **Title. 1**

Wenn weder die Staatsanwaltschaft noch der Beschuldigte eine Hauptverhandlung fordern oder der Beschuldigte sich schuldig bekennt, kann die Staatsanwaltschaft oder die Exekutive einen Strafbefehl ausstellen. Die Exekutive darf Strafen bis zu 50 Hafteinheiten und 5.000 € verhängen. Ein Staatsanwalt darf Strafen bis zu 100 Hafteinheiten und 10.000\$ verhängen, während der Generalstaatsanwalt Strafen bis zu 150 Hafteinheiten und 15.000\$ anordnen kann.

#### **Title. 2**

Der Tatverdächtige hat das Recht, jederzeit eine Gerichtsverhandlung zu fordern. Dies muss der Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden, um die Verhandlung vorzubereiten.

### ***Part 25 - Kontoprüfung/Pfändung***

#### **Title. 1**

Wenn ein angeklagter Straftäter erklärt, dass er nicht genug Geld hat, um das Strafgeld zu begleichen, kann die Judikative eine Prüfung des Kontostands veranlassen.

#### **Title. 2**

Weigert sich ein Straftäter, die finanzielle Strafe zu zahlen, kann die Judikative eine Überprüfung seiner Konten und seines Besitzes anordnen.

#### **Title. 3**

Die Konten des Angeklagten dürfen bis zu einem Freibetrag von 3.000\$ gepfändet werden, um die Grundsicherung zu gewährleisten. Besitz, der diese Pfändungsgrenze übersteigt, darf gepfändet werden.

### ***Part 26 - Unterschlagung von Beweismitteln***

Wer Beweise zur Klärung von Fällen oder Ermittlungen sowie bei Steuerprüfungen seitens der Exekutiven und Judikative bewusst zurückhält, macht sich im Sinne des Gesetzes strafbar.

### ***Part 27 - Amtsträger***

#### **Title. 1**

Ein Amtsträger kann durch die Staatsanwaltschaft für bis zu einer Woche des Amtes enthoben werden, wenn er Beschuldigter in einem Strafprozess ist. Sollte gegen den Amtsträger ein Urteil verhängt werden, erfolgt die Amtsenthebung permanent mit sofortiger Wirkung.

#### **Title. 2**

Personen, die strafrechtlich verfolgt wurden oder ein offenes strafrechtliches Verfahren haben, dürfen kein Amt ausüben.

#### **Title. 3**

Die Judikative muss angeforderte Akten umgehend dem Antragsteller aushändigen, es sei denn, die anfragende Person ist selbst als Straftäter oder Angeklagter in den Akten aufgeführt.

### ***Part 28 - Gültige Einsprüche vor Gericht***

Folgende Einsprüche sind gültig vor Gericht:

1. Irrelevant
2. Mehrfachfragen
3. Hörensagen
4. Mutmaßung

### ***Part 29 - Verfahrensfehler***

Wenn ein Verfahrensfehler auftritt, ist der Fall als geschlossen zu deklarieren. Die Schließung einer Akte aufgrund eines Verfahrensfehlers darf nur durch die Judikative verhängt werden. Die Schließung eines Falls hat zur Folge das der Beschuldigte als unschuldig gilt. Die Tat kann strafrechtlich nicht weiterverfolgt werden.

### ***Part 30 - Beamte***

#### **Title. 1**

Folgende Personen werden bei der Einstellung verbeamtet und gelten ab dem Zeitpunkt als Amtsträger:

1. Personen der Exekutive
2. Personen der Judikative
3. Personen im Medizinischen Dienst

#### **Title. 2**

Anwältin und Pflichtverteidiger gelten nicht als Personen der Judikative.

#### **Title. 3**

Der Chief of Justice hat ebenfalls die Befugnisse eines Staatsanwalts oder Richters.

### ***Part 31 - Auflagen einer Fußfessel***

#### **Title. 1**

Eine Fußfessel ist ein Bestandteil einer Fallprüfung bzw. Fallklärung. Sollte eine Person gegen die Auflagen verstoßen, so verdoppelt sich das angesetzte Strafmaß und die Person kann bis zur Gerichtsverhandlung in Gewahrsam genommen werden.

#### **Title. 2**

Die Auflagen der Fußfessel sind:

1. Waffenverbot
2. nicht weiter gegen das Gesetz verstoßen
3. Reiseverbot
4. Verbot die Fußfessel unerlaubt zu entfernen

### ***Part 32 - Rechte des Beklagten***

#### **Title. 1**

Ein Beschuldigter hat das Recht, keine Angaben zu den ihm vorgeworfenen Tatvorwürfen zu machen, ausgenommen Informationen zu seiner Identität. Er hat zudem das Recht auf einen Rechtsanwalt, sollte er sich diesen finanziell nicht leisten können wird ein Rechtsanwalt vom Staat gestellt.

#### **Title. 2**

Ein Beschuldigter muss unmittelbar bei der Festnahme und vor Betreten der Haftzelle über seine Rechte aufgeklärt werden, einschließlich des Grundes seiner Festnahme. Der Beschuldigte muss seine Rechte verstehen. Selbst wenn er das Verständnis verneint, gilt das dreimalige Aufsagen der Rechte als hinreichend für ein Verständnis durch den Beschuldigten.

#### **Title. 4**

Die Beamten des LSPD müssen dem Beschuldigten folgende Belehrung vortragen: „Sie sind vorläufig festgenommen. Alles, was Sie sagen, kann und wird vor Gericht gegen Sie verwendet werden. Sie haben das Recht auf einen Anwalt. Sollte kein Anwalt erreichbar sein, können Sie diesen später hinzuziehen. Sollten Sie sich keinen Anwalt leisten können, wird Ihnen einer vom Staat gestellt. Haben Sie Ihre Rechte verstanden?“

#### **Title. 5**

Wurde ein Beschuldigter nicht gemäß den vorgegebenen Richtlinien über seine Rechte belehrt, sind die Beamten des LSPD verpflichtet, das Verfahren zu schließen und den Beschuldigten freizulassen. Die vorgeworfenen Delikte dürfen nicht weiterverfolgt werden, und eine Verurteilung wegen dieser Delikte ist ausgeschlossen.

### ***Part 33 - Recht auf Verteidigung***

Ein Angeklagter hat das Recht auf Selbstverteidigung oder auf einen selbstgewählten Anwalt, sofern er diesen bezahlen kann. Kann er dies nicht, wird ihm ein Anwalt zugewiesen. Ein Wechsel des zugewiesenen Anwalts ist nur bei persönlichen Gründen, Befangenheit oder nachgewiesener Nicht-Verteidigung der Rechte des Angeklagten möglich.

### ***Part 34 - Rechte eines Rechtsanwalts***

#### **Title. 1**

Anwälte dürfen ihre Mandanten jederzeit in der Zelle oder im Staatsgefängnis besuchen.

#### **Title. 2**



Anwälte haben das Recht, eigene Ermittlungen für ihre Mandanten durchzuführen.

**Title. 3**

Anwälte sind nicht verpflichtet, Straftaten, die sie von ihren Mandanten erfahren, anzuzeigen. Dies fällt unter die anwaltliche Schweigepflicht.

**Title. 4**

Anwälten darf kein Hausverbot oder Platzverweis erteilt werden, solange sie ihr Amt ausüben, es sei denn, sie verstoßen gegen das Gesetz oder behindern aktiv polizeiliche Maßnahmen.

***Part 35 - Zahlungserleichterungen***

**Title.1**

Ist dem Verurteilten nach seinen persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten, die Geldstrafe sofort zu zahlen, so bewilligt ihm die Judikative eine Zahlungsfrist oder gestattet ihm, die Strafe in bestimmten Teilbeträgen zu zahlen. Die Judikative kann dabei anordnen, dass die Vergünstigung, die Geldstrafe in bestimmten Teilbeträgen zu zahlen, entfällt, wenn der Verurteilte einen Teilbetrag nicht rechtzeitig zahlt.

**Title. 2**

Sollte nach Verstreichen der Frist keine Zahlung erfolgt sein oder die Teilbetragszahlung nicht wahrgenommen werden, kann durch die Judikative eine Ersatzhaft veranlasst werden. Diese wird mit 1 Haftenheiten pro 200\$ berechnet.

***Part 36 - Recht zur Sachverhaltsaufklärung***

Sobald Polizeibeamte jemanden hinreichend einer Straftat verdächtigen, ist die Staatsanwaltschaft zu informieren.

***Part 37 - Zuständigkeiten***

Die Mitarbeiter des Department of Justice sind gegenüber des FIB und des USMS weisungsbefugt. In Ausnahmefällen ist der Chief of Justice dem LSPD weisungsbefugt. Das Weisungs- oder Anordnungsrecht ist in Organisationen (Unternehmen und öffentlicher Verwaltung) das Recht, anderen Stellen und Aufgabenträgern vorzuschreiben, welche Handlungen vorzunehmen und welche zu unterlassen sind.

***Part 38 - Anwaltskammer***

**Title. 1**

Anwälte haben das Recht einen Anwaltskammer Leiter zu wählen. Dabei hat jeder lizenzierte Anwalt eine Stimme. Die Wahl ist gültig sowie 5 Stimmen abgegeben wurden.

**Title. 2**

Der Anwaltskammerleiter kann interne Standards zur Qualitätssicherung der Anwaltschaft festlegen und ist zuständig in der allgemeinen Koordination und in Personalsachen der Anwaltschaft.

***Part 39 - Mediationsverfahren***

**Title. 1**

Wenn Parteien in einem nicht strafrechtlichen Konflikt stecken, haben sie die Möglichkeit, sich freiwillig für eine Mediation zu entscheiden, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Dabei leitet ein neutraler, von beiden Seiten akzeptierter zertifizierter Mediator den Prozess. Seine Aufgabe ist es, die Kommunikation zwischen den Parteien zu verbessern und eine Lösung zu finden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

#### **Title. 2**

Die Ergebnisse der Mediation sind nicht rechtlich bindend, es sei denn, beide Parteien stimmen einer bindenden Vereinbarung zu und unterzeichnen ein entsprechendes Dokument.

#### **Title. 3**

Die Vertraulichkeit aller während der Mediation geteilten Informationen muss von allen Beteiligten gewahrt werden.

### ***Part 40 - Schiedsgerichtsbarkeit***

Für rechtliche oder vertragliche Auseinandersetzungen können Parteien beschließen, ein Schiedsgericht hinzuzuziehen. Dieses besteht aus einem oder mehreren Schiedsrichtern, die entweder von den Parteien gewählt oder nach einem vereinbarten Verfahren ernannt werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend für beide Parteien, und sie hat die gleiche Durchsetzbarkeit wie ein staatliches Gerichtsurteil. Die Verfahrensweise und Regeln des Schiedsgerichts werden im Voraus von den Parteien vereinbart oder vom Schiedsgericht selbst festgelegt, falls keine Einigung erzielt wird. Alle Schiedsverfahren sollen fair, unparteiisch und zeitgerecht durchgeführt werden, um eine effiziente Konfliktlösung zu gewährleisten.

### ***Part 41 - Außergerichtliche Einigung***

Das Department of Justice kann auf einen Prozess verzichten, wenn eine außergerichtliche Einigung mit dem Beschuldigten möglich ist. Die außergerichtliche Einigung muss einem Richter vorgelegt und akzeptiert werden. Ist kein Richter verfügbar, ist eine solche Einigung auch ohne richterliche Zustimmung vorübergehend gültig. Das Recht auf einen Zivilprozess bleibt vom Vergleich unberührt.

### ***Part 42 - Schmerzensgeld***

Sollte einer Person Schmerzen durch eine Körperverletzung nach StGB Patt10 Title. 10 zugefügt worden sein, so hat diese Person die Möglichkeit im Nachhinein oder direkt zur Verhandlung Schmerzensgeld zu verlangen. Über die Höhe des Schmerzensgeldes entscheidet der Richter je nach Verletzungen, anhaltende Schmerzen, Behandlungen und dauerhafte Einschränkungen im normalen Leben.

### ***Part 43 - Adhäsionsverfahren***

Wird eine Tat bereits durch die Exekutive verfolgt, können Geschädigte dem Prozess über das Adhäsionsverfahren beiwohnen. Es wird hierbei keine Anklageschrift benötigt, sondern ein formloser Antrag durch einen Anwalt beim zuständigen Richter eingereicht. Wird dem Antrag stattgegeben, können Geschädigte als Nebenkläger in einem Prozess auftreten. Die Nebenkläger erhalten hierbei ein separates Anhörungsrecht und können eigene Zeugen und Beweise vorbringen. Diese sind rechtzeitig dem zuständigen Richter mitzuteilen. Jeder Geschädigte muss durch einen Anwalt vertreten werden. Ein Anwalt kann mehrere Geschädigte vertreten.

## ***Part 44 - Schadensersatz***

### Title. 1

Wer eine Person verletzt oder deren Eigentum einschränkt, kann auf Schadensersatz verklagt werden. Wer einer Firma durch unerlaubte Machenschaften einen nachweisbaren finanziellen Nachteil verursacht, kann auf Schadensersatz verklagt werden. Die Schadensersatzleistung richtet sich in erster Linie nach dem tatsächlich eingetretenen und nachweisbaren Vermögensnachteil. Ferner können im Rahmen von Schmerzensgeld auch immaterielle Vermögensnachteile eingeklagt werden. Die Höhe des Schmerzensgeldanspruches ergibt sich aus der gängigen Rechtsprechung.

### Title. 2

Bei der Festsetzung der Zahlungsfrist muss das Gericht berücksichtigen, ob die Geldleistung zu einer Unterschreitung der Mindestbesitzgrenze von 3.000 € führen würde und hier eine angemessene Frist einräumen. Im Zuge der Vollstreckung kann beim Gericht auch eine Beschlagnahmung von Eigentum beantragt werden. Zivilrechtliche Forderungen verjähren nicht. Zur Einforderung dieser kann das Gericht eine Pfändung und Versteigerung von Vermögenswerten (z.B. Fahrzeuge) anordnen.